

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Denn wir erleben immer wieder, dass Einzelne aus den ganz besonders vulnerablen Gruppen in den Einrichtungen fast dieselbe Situation vorfinden, vor der sie im Heimatland geflohen sind. Deswegen gibt es für diese Gruppe, für die unser Asylrecht im Besonderen gedacht ist, eine entsprechende Verantwortung. Auch das werden wir umsetzen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister, die Redezeit.

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: In Summe bringen diese Maßnahmen wirkliche Verbesserungen, meine Damen und Herren. Das ist die substanzielle politische Arbeit, und die werden wir mit der NRW-Koalition konsequent fortsetzen.

Herr Yetim – den Satz müssen Sie mir noch erlauben –, bei Ihren Ausführungen frage ich mich, ob gestern möglicherweise zu vorgerückter Stunde auf der Weihnachtsfeier der SPD Wetten abgeschlossen worden sind, wer den Begriff „Mitte-rechts“ heute am häufigsten formuliert.

(Zuruf von Ibrahim Yetim [SPD])

Vielleicht haben Sie ein Bier gewonnen. Wenn Sie verloren haben sollten, gebe ich Ihnen gern an anderer Stelle einen aus. Dann müssen Sie nicht traurig sein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Minister, bitte.

**Dr. Joachim Stamp,** Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: In der Sache haben wir uns häufig zünftig die Meinung geegigt, wie sich das zwischen anständigen Demokraten beim Ringen um die besten Lösungen gehört. Auf der anderen Seite haben wir insgesamt im Ausschuss – ich habe es vorhin schon für den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend gesagt – von der Tonalität her, glaube ich, einen sehr fairen Austausch. Ich würde mich freuen, wenn wir das im kommenden Jahr fortsetzen könnten.

Ich wünsche Ihnen an dieser Stelle ein gesegnetes Weihnachtsfest, uns allen vielleicht auch ein paar Tage, um zur Ruhe zu kommen, um ein bisschen nachzudenken. Dann können wir im kommenden Jahr gemeinsam weiter um die besten Ideen streiten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Stamp. Ich will mir an der Stelle dann doch einen Hinweis erlauben: Stichwort „vereinbarung“ ist der eine Punkt. Wir haben uns hier allesamt miteinander auf Redezeiten verständigt. Ich weise darauf hin, dass die Landesregierung zu beiden Teilbereichen die verabredeten Redezeiten überzogen hat, insgesamt um 12:16 Minuten.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Hallihallo!)

Der Landesregierung steht es selbstverständlich frei, jederzeit das Wort zu ergreifen. Allerdings steht es mir als sitzungsleitender Präsidentin natürlich auch zu, den Redner – auch den Redner einer Landesregierung – auf die Verabredung bezüglich der Redezeiten hinzuweisen. Es ist eine Frage der Wertschätzung, zumindest zu reagieren, dass man diese Hinweise zur Kenntnis genommen hat. Ich unterstelle, dass das offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen werden konnte. Zukünftig werde ich das entsprechend deutlich machen.

Selbstverständlich haben jetzt auch alle anderen Fraktionen die Möglichkeit, sich zu diesem Einzelplan noch einmal zu Wort zu melden. Bei einer Redezeitüberziehung von 12:16 Minuten ist es das Recht des Parlaments.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU] – Weitere Zurufe)

Gibt es den Wunsch? – Das ist nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann sind wir am Schluss der Aussprache zum Teilbereich b) Flüchtlinge und Integration.

Verabredungsgemäß finden keine Abstimmungen in der Zeit bis 14 Uhr statt, sodass wir erst zu einem späteren Zeitpunkt über den Einzelplan und die Änderungsanträge abstimmen können.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 09**

#### **Ministerium für Verkehr**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/1509

#### **Änderungsantrag**

der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/1546

#### **Änderungsantrag**

der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/1550

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Löcker das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Carsten Löcker** (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Worterteilung. Wir beraten nun den Einzelplan 09 – Verkehr, Straße, Schiene, Wasserwege, Flughäfen, Radwege –, alles in fünf Minuten. Das kann man machen, inhaltliche Einlassungen und der Blick auf Zahlen sind in dieser Zeit wohl kaum möglich. Was bleibt in den fünf Minuten zu sagen? Schwarz-Gelb wird sagen: Es ist alles gut. Die SPD wird sagen: Das ist es eher nicht. – So viel ist jetzt schon klar.

Sie hätten sich, Herr Minister, an einen reich gedeckten Tisch setzen können. Ihre Sicht auf die Mobilitätsbedürfnisse unseres Landes – durch die Autowindschutzscheibe des Landes – ist aus unserer Sicht ein Fehler.

Im Ergebnis ist die Straßenlastigkeit Ihres Haushaltsplanes deutlich zu sehen. Wir kritisieren das, meine Damen und Herren. Sie selbst, Herr Minister Wüst, tragen bei jeder Gelegenheit vor, alle Verkehrsträger diskriminierungsfrei weiterentwickeln zu wollen. Davon ist Ihr Haushaltsplan weit entfernt. Es ist wenig darin zu finden.

Stattdessen ergehen Sie sich als Minister – aber eben auch Schwarz-Gelb – in selbst auferlegten Entfesselungsrhetoriken und lauten Ankündigungen auf die Zukunft. Viel Straße ist drin. Alles andere läuft eher so unter Gedöns by the way, ein paar Spiegelstriche – fertig. Das ist aus unserer Sicht auf jeden Fall zu wenig. Es ist deshalb zweifelhaft, dass gerade Sie unser Land mit diesem Haushaltsplan tatsächlich nach vorn bringen können.

Der Blick in Ihr Landesstraßenbauprogramm zeigt: Mit Regierungsbeginn sind Sie mit dem Porsche gestartet. Sieben Monate danach: ein Plus von zusätzlich lediglich 5 Millionen € im Haushalt. Das entspricht ungefähr – über den Daumen gerechnet – 3,5 km Neubaustraße. Da geht es in Zukunft wohl eher wohl im Schneckentempo voran, wenn man das bewerten soll.

Dann suchen Sie sich auch noch Neubauprojekte aus, die vor Ort überhaupt keine Akzeptanz haben. Schauen wir nach Unna – so viel kann man heute sagen –: Das Neubauprojekt, vor Ort höchst umstritten, nachweislich ein unterirdisches Kosten-Nutzen-Verhältnis, verbraucht 40 % des Gesamtbudgets. Was das mit Entfesselung zu tun hat, meine Damen und Herren, das wissen nur Sie. Dem Bürgerwillen vor Ort wird das auf jeden Fall nicht gerecht. Akzeptanz? – Fehlanzeige.

Die Pendlerinnen und Pendler konnten doch zu Recht erwarten – blickt man sieben Monate zurück –, dass Sie bei der Staubekämpfung durchstarten. So viel zu

Ihrer Wahlkampfretorik. Wie wollen Sie den Stau in Nordrhein-Westfalen bekämpfen? Davon ist zurzeit wenig zu hören. Woche für Woche hören wir entsprechende Staumeldungen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Ihr Stau!)

Daran kann man bereits mit dem Fahrrad entlang fahren, meine Damen und Herren. So lange dauern die Staumeldungen. Jetzt können Sie sagen: Das ist alles rot-grüne Verantwortung.

(Daniel Sieveke [CDU]: Natürlich, ja!)

– Ja. – Ich sage Ihnen: Relativ schnell werden wir uns nächstes Jahr darüber unterhalten, welche Investitionen Sie tätigen, damit wir jeden Tag ein Stück weniger Staumeldungen haben werden.

Sie wollen mehr Mobilität ins Land bringen. Das postulieren Sie gerne. Stattdessen fahren Sie mit Vollgas in ein Fahrverbot – ja, in ein Fahrverbot. So wird es in den nächsten Monaten wohl kommen. Da muss man einmal die Frage stellen: Was tun Sie eigentlich hier in Nordrhein-Westfalen dagegen? Hier mal eine Hilfe, da mal eine Hilfe. Das wird ja wohl im Endergebnis nicht reichen.

Stattdessen sollten Sie alle Akteure zu einem Mobilitätsgipfel einladen. Dann können Sie 2018 auch klar sagen, was Sie tatsächlich unternehmen wollen, damit wir diese Probleme lösen können.

Und was hat der Stau auf der Straße mit dem Stau auf der Schiene zu tun? – Ja, auf der Schiene gibt es auch Stau. So ist das eben, wenn man jahrelang nicht investiert.

(Heiterkeit von der CDU)

– Ja, da sitzen wir alle in einer Reihe. Deshalb sage ich hier ganz klar: Es war ein großes Verdienst des damaligen Verkehrsministers Groschek, dass wir 2016 ausreichend Mittel für die Zukunftsinvestitionen in Berlin akquirieren konnten.

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

Die können Sie jetzt fleißig ausgeben. Das ist in Ordnung. Dafür werden wir Sie loben. Aber wir werden genau hinschauen, wo Sie das Geld ausgeben. Denn auch auf der Schiene sind dringend Investitionen nötig.

Über Ihre Aktivitäten rund um den Flughafen Köln will ich hier gar nichts mehr ausführen. Darüber haben wir gestern ausführlich diskutiert.

Bleiben noch die Wasserstraßen und die Radwege, alles rund um die Nahmobilität. Leider ist dafür heute keine Zeit. Das werden wir bei Gelegenheit diskutieren. Allerdings hören wir auch: Rund um die Investitionen für die Wasserstraßen in Nordrhein-Westfalen wird es wohl Verschiebungen zulasten des Landes Nordrhein-Westfalen geben – glauben wir den Ausführungen aus dem Norden der Republik.

Abschließend frage ich: Was bleibt? – Machen Sie nach sieben Monaten endlich einen Strich unter Ihre Entfesselungsrhetorik. Entfesselt haben Sie nämlich bisher gar nichts. Das, was Sie hier in den letzten sieben Monaten präsentiert haben, ist eher wüstes Durcheinander. Das trifft es ziemlich genau. Sie machen zu viele handwerkliche Fehler. Das kann man auch in jeder Tageszeitung nachlesen. Es stimmt eben.

Ihre Wahlversprechen holen Sie jetzt Schritt für Schritt ein, und das ist bitter. Dann muss man sich auch einmal hier hinstellen und sagen: Ja, so ist das. Wir können nicht alles sofort lösen.

Deshalb sagen wir: Es geht besser im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr. Sie können sich darauf verlassen, dass wir uns einreihen, mitzumachen, wenn es gute Projekte gibt. Machen Sie es auch besser, Herr Minister. Diesen Appel richte ich auch an Ihre Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen. Unser Land hat es nämlich verdient. – Frohe Weihnachten!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Löcker. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Voussem.

**Klaus Voussem (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Löcker, Heldenmut nach Ladenschluss! Hätten Sie nur ein Bruchteil von dem, was Sie hier vermeintlich an der Arbeit der NRW-Koalition versucht haben zu kritisieren, in den letzten sieben Jahren – nur ansatzweise! – angepackt, dann sähe es auf Straßen und Schienen in unserem Land anders aus.

(Beifall von der CDU)

Hätten Sie doch ökonomische Grundprinzipien beachtet, die da zum Beispiel lauten: Mobilität schafft Prosperität! Das heißt: Wohlstand entsteht nur dort, wo die Infrastruktur funktioniert.

Neben den zahlreichen Waren und Gütern, die über die nordrhein-westfälische Infrastruktur transportiert werden, pendeln täglich bis zu 5 Millionen Menschen von ihrem Wohn- zu ihrem Arbeitsort und wieder zurück. Aber viel zu oft stehen diese Menschen in unserem Land im Stau und verlieren im langsam vorangehenden Verkehr Zeit und Geld. Unsere Unternehmen konkurrieren im internationalen Wettbewerb, können aber viel zu oft ihre Ware nur über Umwege an ihren Bestimmungsort liefern.

(Zuruf von Carsten Löcker [SPD])

Die NRW-Koalition ist angetreten, um den Erhalt, die Modernisierung und den bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu einem Schwerpunkt der Landespolitik zu machen. In den letzten Jahren,

meine Damen und Herren, wurde unserer nordrhein-westfälischen Straßen- und Schieneninfrastruktur eine viel zu geringe Bedeutung zugemessen.

(Carsten Löcker [SPD]: Im Haushalt steht nichts davon!)

Jahrelang wurden wichtige Investitionen vor sich her geschoben. Kaputte Straßen und Staus sind das Ergebnis falscher Entscheidungen der Vergangenheit. Es wurde zu kurz gedacht. Zum einen wurden die Bedarfe für die Zukunft nicht ausreichend berücksichtigt. Zum anderen wurde nicht ausreichend investiert und modernisiert – und das, obwohl der Bund die Investitionen bei der Infrastruktur hochgefahren hat und im Bundesverkehrswegeplan 2030 den Bedürfnissen unseres Bundeslandes als Verkehrsland Nummer eins Rechnung trägt. Einzig an einem fehlte es: dem Willen zur Umsetzung.

In den vergangenen sieben Jahren fehlte es an baureifen Planungen. 2011 entschied Rot-Grün, nicht für die Schublade zu planen. Das führte zu einem Planungsstopp für 48 Bundesfernstraßenprojekte. Lieber Herr Kollege Löcker, 17 dieser Bundesfernstraßenprojekte, die Sie 2011 beerdigt haben, sind im Bundesverkehrswegeplan wieder in den vordringlichen Bedarf eingestellt worden. Das war also eine fatale Fehleinschätzung Ihrerseits.

Zusätzlich zu dem erklärten Ziel, nicht mehr planen zu wollen, hat Rot-Grün auch die Grundlagen für die Planungen entzogen, indem Personal und Mittel gekürzt wurden.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

Durch die Verkehrspessimisten der abgewählten rot-grünen Landesregierung wurden falsche Prioritäten gesetzt.

(Jochen Ott [SPD]: Unsinn! – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Die Verkehrspolitik war ideologisch geprägt,

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

ein aufgegebenes Politikfeld wurde allenfalls noch rhetorisch verteidigt.

(Carsten Löcker [SPD]: Alles Straße, Herr Voussem!)

Meine Damen und Herren, dies wollen und werden wir mit diesem Haushalt ändern.

(Jochen Ott [SPD]: Das ist trotzdem Schwachsinn!)

Bevor ich einzelne Punkte aufgreife, möchte ich darauf verweisen, dass die NRW-Koalition die Voraussetzungen schafft, um einen Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf zu organisieren sowie die Zukunftsfragen der Mobilität in den Fokus zu neh-

men. Dafür sind im Haushaltsentwurf 2018 insgesamt 2,76 Milliarden € für das Verkehrsministerium vorgesehen. Das entspricht einer Ressortstärkung von 11 %.

(Carsten Löcker [SPD]: Danke!)

Gewiss: Um die strukturellen Probleme zu beheben, reicht Geld allein nicht aus. Es bedarf auch der ausreichenden Anzahl qualifizierter Ingenieure bei der Planung und Ausführung. Der Haushaltsentwurf stellt daher nicht nur die nötigen finanziellen, sondern auch die nötigen personellen Ressourcen für den Planungs- und Bauhochlauf sicher.

Erstes Ziel der NRW-Koalition ist, mehr Planfeststellungen und -genehmigungen zu erreichen. Hierfür werden zusätzlich 112 Stellen geschaffen, darunter 50 neue Planungsstellen für den Landesbetrieb Straßen.NRW. Weitere 20 Stellen sollen entfristet werden. Bei Straßen.NRW werden mit dem Haushalt 2018 mehr Stellen für Ingenieure und Techniker geschaffen als in der gesamten letzten Legislaturperiode.

Damit nicht genug. Vier zusätzliche Stellen gibt es für die Bearbeitung der Anliegen im Zusammenhang mit den Flughäfen und zwei weitere für Aufgaben im Bereich der Schifffahrt. Zudem erfolgt eine personelle Verstärkung der Bezirksregierungen in den für Genehmigungen zuständigen Dezernaten mit 13 Stellen. Bei der Stabsstelle „Baustellenmanagement“ werden drei neue Stellen geschaffen. Sachmittel für externe Vergaben an Ingenieurbüros sind zudem in zweistelliger Millionenhöhe vorgesehen.

Meine Damen und Herren, nach der Planung kommt das Bauen. Dafür müssen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Damit sind wir schon beim zweiten Ziel der NRW-Koalition: Erhalt, Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur nach dem Dreiklang von Konsolidieren, Modernisieren und Investieren. Dafür gibt es mehr Geld für die Landesstraßen. Für den Erhalt der Landesstraßen sind 2018 33,35 Millionen € mehr vorgesehen als im Jahr zuvor; insgesamt sind es 160 Millionen €.

Die Mittel für den Neu- und Ausbau der Landesstraßen erhöhen sich um 5 Millionen €. Damit wird alles gebaut, was planfestgestellt war. Eine Erhöhung um 3 Millionen € gibt es jeweils für den Radwegebau an Landesstraßen sowie für den Bau von Radschnellwegen. Kreise und Gemeinden erhalten erstmalig 1 Million € für bauliche Maßnahmen, um Routen für den Schwerlastverkehr befahrbar zu machen.

Mit der neuen Abteilung „Zukunft für Mobilität“ schaffen wir darüber hinaus die Voraussetzungen, um die Herausforderungen von Digitalisierung und Vernetzung in unserem Land anzupacken.

Zusammenfassend stelle ich fest: Der Einzelplan 09 des Haushalts 2018 führt zu einem erheblichen Up-

grade für Verkehrsinfrastruktur und Mobilität in Nordrhein-Westfalen. Die NRW-Koalition nimmt damit die Zukunftsfragen der Mobilität fest in den Fokus, um neue Chancen möglichst früh und konkret zu nutzen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Vossemer. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Klocke.

**Arndt Klocke (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Vossemer, bei manchen Passagen Ihrer Rede denke ich mir: Er ist doch eigentlich schlauer, als er hier als Redner vorgibt.

(Christof Rasche [FDP]: Bisschen überheblich!)

Ich will Ihnen deutlich machen, worum es geht. – Das ist auch nicht bräsig, lieber Kollege Rasche. Mir ist gestern aufgefallen, dass die Zwischenrufe, seitdem Christof Rasche Fraktionsvorsitzender der FDP ist, leider nicht an Niveau gewonnen haben, um es mal vorsichtig zu sagen – jedenfalls was meine Redebeiträge angeht.

(Rainer Deppe [CDU]: Ist heute Zeugnisvergabe?)

Aber das muss er mit sich selbst ausmachen. Jetzt sind ja zwei Wochen Weihnachtspause, dann kann er mal darüber nachdenken.

(Zuruf von Frank Müller [SPD])

Auch gestern in der Straßendebatte waren manche Zwischenrufe vom Kollegen Rasche – man kann es im Protokoll ja auch nachlesen – derart unterirdisch; da ist der Weihnachtsfriede leider noch nicht eingekehrt.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP] – Gegenruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Ich würde es ihm aber wünschen, dass das noch passiert.

(Christof Rasche [FDP]: Jetzt machen wir es richtig!)

Kollege Vossemer, Sie haben eben die Planerstellen angesprochen – als wenn das Feld nun reich bestellt würde. Es ist doch wahr, dass von 2004 bis 2013 Planerstellen bei Straßen.NRW abgebaut worden sind. Wie wir alle wissen, gab es in dieser Zeit Koalitionsregierungen unterschiedlichster Couleur. Die letzte Landesregierung hat in den letzten Jahren ihrer Amtszeit dort wieder zahlreiche Stellen geschaffen und Personen eingestellt.

Das meinte ich eben mit meiner Bemerkung, Kollege Vossemer: Es so darzustellen, dass bis einschließlich

Mai 2017 reduziert und ausgedünnt wurde und jetzt sozusagen der große Hort der Möglichkeiten kommt, ist einfach unredlich. Weil ich Sie ansonsten schätze und kenne, fände ich es gut, wenn Sie das in einer Rede auch etwas differenzierter erwähnen würden, als es Ihnen aufgeschrieben wird.

Zum Thema der Haushaltskürzungen bzw. zum Thema der Weiterführung des Sozialtickets bin ich gespannt auf die Ausführungen des Ministers. Wir haben das zunächst gemeinsam mit vielen Menschen in diesem Land scharf kritisiert, uns dann aber darüber gefreut, dass das Sozialticket weitergeführt werden soll. Die Frage, die im Raum steht, ist aber: Wie geht es nach 2019 mit diesem Ticket weiter?

Sie haben gesagt, dass 2018 die Mittel erhalten bleiben und im Haushalt entsprechend wieder eingestellt werden. – Das ist politisch richtig. Unsere Frage lautet: Wie geht es in den Folgejahren weiter? Wird es weiter über den Landeshaushalt finanziert? Oder haben Sie mittlerweile Gespräche mit den Verkehrsverbänden geführt? Wie soll das Sozialticket in den Jahren 2019 und 2020 sukzessive weitergeführt werden?

Herr Minister, Sie haben die Chance, dazu gleich Stellung zu nehmen. Es gab Zehntausende, die in den Wochen, in denen die Debatte darüber, ob das Sozialticket eingestellt wird, protestiert haben. Schenken Sie den Leuten noch vor Weihnachten reinen Wein ein und sagen Sie uns, wie es mit dem Sozialticket weitergeht!

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Thema „Straßenbaumittel“: Wir unterstützen von grüner Seite eindeutig, dass Sie bei der Straßensanierung noch mal eine Schippe drauflegen – das geht der SPD, glaube ich, genauso. Es wäre aber auch redlich gewesen, zu erwähnen, dass in der rot-grünen Regierungszeit der Etatansatz für Straßensanierungen von 60 Millionen €, als wir die Regierungsgeschäfte übernommen haben, auf 127 Millionen € mehr als verdoppelt wurde.

Ein Gutachten des Landesrechnungshofs weist klar nach, dass man eigentlich pro Jahr 200 Millionen € bräuchte. Wenn ich jetzt so auftreten würde, wie es manchmal Herr Middeldorf und Herr Vossemer tun, dann würde ich mich hier hinstellen und sagen: Sie brechen Ihr Wort. Im Wahlprogramm und im Koalitionsvertrag standen 200 Millionen €, es sind aber nur 160 Millionen €. Sie sollten sich schämen, Sie lassen die Infrastruktur in diesem Land verrotten! – Das wäre der Auftritt, den Sie uns hier wahrscheinlich hinlegen würden, wenn Sie in der Opposition und wir an der Regierung wären.

(Jochen Ott [SPD]: So ist das!)

Wir sagen Ihnen von grüner Seite: Es ist gut, dass noch mehr Geld für Straßensanierungen in die Hand

genommen wird und dass 160 Millionen € im Haushalt stehen. Und wenn es künftig 200 Millionen € sind, dann hat das auch unsere grüne Unterstützung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Schluss noch kurz zum Thema „Radwegebau“. Es ist grundsätzlich gut und erfreulich, dass das Fahrrad aus der Nische des Freak-Fortbewegungsmittels herausgekommen ist. Das Fahrrad ist in den letzten Jahren ein anerkannter Verkehrsträger geworden. Es wird in den Radwegebau investiert, und Sie legen sogar noch einige Millionen drauf. Das ist nur zu unterstützen. Herr Minister Wüst, Sie haben mal in einem Pressegespräch gesagt, dass sich die Radverkehrsverbände vor Freude kaum halten könnten. Ich habe aber von dort bisher nicht wahrgenommen, dass nun unbändige Freude ausgebrochen wäre.

Meine Frage lautet: Wie soll die Umsetzung der Radschnellwege finanziert werden? Sie investieren da etwas mehr, als wir in den Haushalt eingestellt hatten, aber im Moment befindet es sich noch im Planungsverfahren. Mich würde interessieren, warum Sie nicht noch mehr Geld in die Hand nehmen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen fünf Projekte ausgebaut. Die Planung ist weitgehend fortgeschritten, und es geht an die Umsetzung. Wir als Grüne haben einen Änderungsantrag vorgelegt, der fordert, noch einmal 5 Millionen € zusätzlich zu investieren. Wir würden uns dabei über Ihre Unterstützung freuen. Radschnellwege sind eine gute Alternative im tagtäglichen Verkehr in Nordrhein-Westfalen.

Es geht jetzt um die Realisierung der Projekte. Geben Sie sich kurz vor Weihnachten einen Ruck, nehmen Sie noch ein bisschen mehr Geld in die Hand, und wirken Sie daran mit, dass die Radschnellwege in den nächsten Jahren realisiert werden! Wir sind auf jeden Fall dazu bereit, das weiterhin zu unterstützen, weil es eine Herzensangelegenheit der Grünen ist. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, Carsten Löcker [SPD] und Sarah Philipp [SPD])

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Klocke. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Ulrich Reuter. Herr Reuter, es ist heute Ihre erste Rede im Hohen Hause. Dafür wünschen wir alle Ihnen gutes Gelingen.

**Ulrich Reuter (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen! Herr Löcker, vielen Dank für Ihre Bilanz von sieben Jahren Rot-Grün. Besser hätten wir es nicht ausdrücken können.

(Beifall von der FDP und der CDU – Carsten Löcker [SPD]: So oft können Sie darauf nicht mehr klatschen!)

Das, was Sie dargeboten haben, war schon wirklich Weltklasse. Vielen Dank.

Herr Klocke, zum Thema „Sozialticket“. Ja, wir haben unseren Fehler eingesehen. Wir haben das Format, auch Fehler zu korrigieren, und haben das getan. Wir stellen für das Sozialticket wieder 40 Millionen € ein.

(Carsten Löcker [SPD]: Schauen Sie mal in den Haushaltsplan rein! Von wegen Fehlerbereinigung!)

Insofern kann sich die Klientel darauf verlassen, dass wir dies auch weiterhin tun werden. – Ich danke Ihnen ausdrücklich. Sie scheinen in Ihrer Oppositionsrolle angekommen zu sein. Die Überwachung der Regierung ist schon Teil Ihres Lebens geworden. Wir beschränken uns jetzt leider mal nur auf das Regieren.

Nun komme ich zum Verkehrsressort und damit zu einem der Kernthemen der schwarz-gelben Landesregierung. Es wird alles Mögliche getan und alles Notwendige gemacht. Der Haushalt ist auch im Verkehrsbereich eine Punktlandung. Schwarz-Gelb schafft es, deutlich mehr zu investieren – ein Plus von 11 % auf 2,76 Milliarden € –, Zukunftsweichen zu stellen und dennoch im Gesamthaushalt eine schwarze Null zu schreiben. Das ist keine Selbstverständlichkeit. An diesem Anspruch sind andere in der Vergangenheit regelmäßig gescheitert. Wir danken dem Verkehrs- und dem Finanzminister für die gute Zusammenarbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wir bauen Stellen auf, und zwar da, wo es erforderlich ist, und da, wo wir nachbessern müssen, weil wir einen Mangel übernommen haben. Bei Straßen.NRW sind es 50 neue Stellen zur Erhöhung der Planungskapazitäten im Straßenbau. Im Ministerium wird eine neue Abteilung mit 34 neuen Stellen die Zukunft der Mobilität in NRW angehen. Digitalisierung, innovative Verkehrskonzepte, Verkehrsvernetzung und das E-Ticketing werden hier systematisch für das Land erschlossen.

Die Stellschraube „Baustellenmanagement“ gehen wir systematisch an. Hier werden wir durch Optimierung alles tun, um die Situation im Land zu verbessern. Wir werden mehr Geld in die Infrastruktur stecken.

(Carsten Löcker [SPD]: Das wäre auch noch schöner, wenn sie das nicht täten, bei der Kohle, die Sie zur Verfügung haben!)

Das gilt gerade dort, wo wir unmittelbare Verantwortung tragen. Für den Erhalt der Landesstraßen ist ein Mehr von 26 % auf jetzt 160 Millionen € vorgesehen. Und ja, bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir die 200 Millionen € erreichen, Herr Klocke, da können Sie sicher sein. Dazu kommt ein Mehr von 15 % für Aus- und Neubau auf jetzt immerhin 37 Millionen €.

Wir schaffen aber auch die Grundlage dafür, dass bei den Bundesstraßen die Gelder, die Berlin bereitstellt, auch abgerufen werden können, weil entsprechende Planungen vorliegen. Für die Beauftragung externer Ingenieurleistungen werden zusätzlich 18 Millionen € zur Verfügung gestellt. Wir bauen alles, was baureif ist. Damit holen wir nach, was Rot-Grün liegen gelassen hat.

Wir geben auch mehr Geld für NE-Bahnen aus, die einen wichtigen Beitrag im Güterverkehr leisten. Insgesamt stehen 20,5 Millionen € zur Verfügung.

Selbst bei den Fahrradwegen belässt es die Regierung nicht bei dem, was die Vorgängerregierung angestoßen hat, sondern wir legen noch 3 Millionen € obendrauf, weil wir es für richtig halten, dass auch für den Radverkehr eine taugliche Infrastruktur zur Verfügung steht.

Die schwarz-gelbe Landesregierung gestaltet somit bereits im ersten Verkehrshaushalt, den sie verantwortet, mehr als die Vorgängerregierung.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch der ÖPNV kommt nicht zu kurz. Mit rund 1,78 Milliarden € Gesamtvolumen wird die Mittelausstattung für die Förderung des ÖPNV um rund 11,8 % bzw. 190 Millionen € gegenüber dem Niveau des Haushalts 2017 erhöht. Aus diesen Mitteln werden der Nahverkehr auf der Schiene sowie die Stadtverkehre im Ballungsraum und die Busverkehre im ländlichen Raum finanziert. Dazu zählen auch Landesmittel in Höhe von 130 Millionen € für Ausbildungsverkehre, gemeinhin Schülerverkehre genannt. Weiterhin haben wir die Mittel für das Sozialticket, wie schon gesagt, auf 40 Millionen € angesetzt, und wir führen ein neues Azubi-Ticket ein.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie sehen, dieser Haushalt bietet alles, was die Zukunft NRWs benötigt, nämlich das, was Sie in sieben Jahren nicht zustande gebracht haben.

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit, die Sie im Ausschuss und auch hier im Hohen Hause leisten. – Auch ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Reuter. Glückwunsch zur ersten Rede und zur zeitlichen Punktlandung! Eine Sekunde übrig lassen ist noch perfekter als null.

(Heiterkeit)

Das halten wir einmal so fest. – Für die AfD spricht Herr Vogel.

**Nic Peter Vogel (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-

Westfalen liegt im Zentrum von Europas Straßenwegen und ist somit einer der bedeutendsten Knotenpunkte für Menschen und Wirtschaft.

Für die AfD hat neben der Vermeidung von stauverursachenden Engpässen die Instandhaltung der Verkehrswege aller Verkehrsträger absolute Priorität.

Die AfD steht für einen bezahlbaren ÖPNV, was für uns auch bedeutet: auch für die öffentliche Hand bezahlbar. Der öffentliche Personennahverkehr ist zweifellos ein Subventionsgeschäft, oft finanziert von Schülerverkehren. Diese nehmen aber in den nächsten Jahren in den meisten Kreisen und Regionen stark ab, sodass die öffentliche Hand, Land und Kreise, Schwierigkeiten haben wird, die Kosten in den Griff zu bekommen.

Wir werden die Reaktivierung von Eisenbahnstrecken befürworten, aber nur dann, wenn es sich wirklich lohnt. Eine Bahnstrecke nur deshalb zu reaktivieren, weil es die Eisenbahn ist, das machen wir nicht. Heutzutage fahren sehr oft Omnibusse erheblich günstiger und ökologisch sauberer als dieselgetriebene Loks.

Gerne würden wir sehr viel mehr Mittel für den Omnibus aufwenden, weil man mit den vorhandenen Mitteln mehr Personenkilometer generieren kann. Mit anderen Worten: Es ist für die Bevölkerung besser und für die Betreiber günstiger.

Ferner lehnen wir Fahrverbote für Dieselfahrzeuge ab, weil dies einer Enteignung von Millionen von Dieselfahrern gleichkommt. Im Grunde genommen erübrigen sich auch die Umweltzonen, weil bereits 96 % aller Fahrzeuge eine grüne Umweltplakette haben, und täglich werden es mehr.

Zielführend wäre ein Konzept zur Reduzierung der Emission von Binnenschiffen. Nach einem Bericht des VDE verursachen diese so viele Abgase wie 3,8 Millionen Pkw mit der Abgasnorm Euro 5.

(Christian Loose [AfD]: Hört, hört!)

Die neue A1-Brücke bei Leverkusen soll ja nun schnellstens gebaut werden. Hundertausende von Berufspendlern wird sicherlich ein Stein vom Herzen fallen. Aber dass dafür die Giftmülldeponie Dhünnaue geöffnet werden soll, halten wir für grundlegend falsch. Darüber hinaus halten wir die Tunnelösung unter der Sohle hindurch für zu kostspielig und die herkömmliche Brückenlösung für zu riskant. Hier erinnere ich mich daran, dass man etwas un kreativ war und nicht die Möglichkeit einer Schrägseilbrücke in Betracht gezogen hat. Diese hätte die Deponie komplett überspannen können, ohne dass die Pylonen oder Stützpfiler die Deponie berührt hätten. Ein Blick ins Ausland, zum Beispiel die Stonecutters Bridge in Hongkong und die Normandie-Brücke, hätte uns geholfen, auch was die tatsächlichen Kosten angeht.

Weiterhin ist der Knotenpunkt der A1 mit der A3 mit Rampenverbindungen ähnlich dem Malteserkreuz auszubauen.

Ferner fehlt eine südliche Rheinbrücke bei Godorf zur Verbindung der A553 mit der A59 und in Verlängerung an den Flughafen Köln/Bonn. Wir denken hier ebenfalls an eine Schrägseilbrücke für kombinierten Straßen- und Eisenbahnverkehr.

Wirklich zielführend für die Region ist eine westliche Verlängerung der A542 in Richtung A57. Die zusätzliche Rheinbrücke könnte baugleich mit der A1-Brücke sein und gemeinsam ausgeschrieben werden, eben eine Legobrücke im größeren Maßstab.

Den Ausbau von Radwegen unterstützen wir. Die Förderrichtlinien müssten angepasst werden.

Meine Damen und Herren, viele Verkehrswege, ganz besonders Land- und Kreisstraßen, sind seit den 60er-Jahren nicht mehr saniert oder an die Bedürfnisse angepasst worden. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Straßen in einer ländlichen Gegend Ostwestfalens oder in einer Metropole handelt.

Unsere Landstraßen sind in einem sehr schlechten Zustand. CDU und FDP schreiben in ihrem Koalitionsvertrag, dass sie den Haushaltsansatz zum Erhalt der Landstraßen von 127,5 Millionen auf 200 Millionen € erhöhen würden. Im Haushaltsplan 2018 stehen überraschenderweise nur 160 Millionen €. Bedingt durch den Mangel an qualifizierten Planern mag dies erst einmal ausreichen, aber wenn man sieht, dass die Anschaffung von 50 Elektrobussen in Köln mit 13 Millionen € vom Land mitfinanziert wird, erscheint dies in einem anderen Licht.

Wir plädieren dafür, die 13 Millionen € zusätzlich in die Anschaffung von Ingenieursdienstleistungen zu stecken und damit diesen Haushaltsposten von 18 Millionen auf 31 Millionen € zu erhöhen. Der positive Effekt der schnellen Planung kommt damit allen Verkehrsteilnehmern zugute.

Wir halten batteriebetriebene E-Busse für nicht zukunftsfähig. Bedingt durch die hohen Kosten, die Beschaffung von seltenen Erden und anderer Rohstoffe für Batterien, verbunden mit der geringen Leistungsdichte, ist diese Technik nicht zukunftsfähig.

Besser wäre die Unterstützung von sogenannten seriellen Hybridfahrzeugen. Diese sind ebenfalls E-Fahrzeuge, haben aber statt der unökologischen Batterien Standardmotoren, welche mit konstanter Drehzahl die Leistung abgeben. Der Energiespareffekt ist hierbei um Längen besser als bei Batterien.

Zu den Rohstoffen: Wissen Sie eigentlich, wie die seltenen Erden abgebaut werden, von welchen Personen und unter welchen Umständen? – Hierbei handelt es sich wirklich um die Schwächsten der Schwachen, aber diese scheinen keine Lobby zu haben.

Aber zurück zu unseren Landstraßen.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit schon ein ganzes Stück überschritten.

**Nic Peter Vogel (AfD):** Ich habe die Redezeit überzogen?

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Ja, um 1 Minute 25 Sekunden. Ich sage es mal so: Ich bin hier nicht der Weihnachtsmann, sondern ich bin ...

**Nic Peter Vogel (AfD):** Das geht in Ordnung.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** ... großzügig, wenn es um Redezeiten geht; aber Sie haben Ihre Redezeit schon weit überschritten. Bitte schön, wenn Sie zum Ende kommen würden!

**Nic Peter Vogel (AfD):** Ich komme zum Ende – selbstverständlich. – Die 200 Millionen € werden für die Landesstraßensanierung nicht ausreichen. Wir haben einen Investitionsstau von über 3 Milliarden € ermittelt. Deshalb können wir diesem Haushalt nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Vogel. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Wüst.

**Hendrik Wüst, Minister für Verkehr:** Das tut er. – Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! In den kommenden Minuten will ich Ihnen gerne noch einmal in Ergänzung der sehr ausführlichen Einbringung im Ausschuss einen schnellen Überblick über den Verkehrsetat geben.

Herr Löcker, die Zeit ist dafür im Übrigen völlig ausreichend, weil ich der festen Überzeugung bin, dass das ganze Haus diesem Etat zustimmen kann. CDU und FDP können deshalb zustimmen, weil wir exakt das tun, was wir uns vorgenommen haben: Wir stärken die Verkehrspolitik mit deutlich mehr Stellen und deutlich mehr Geld. 50 zusätzliche Planer bei Straßen.NRW sind der größte jährliche Personalaufwuchs, der je möglich gemacht worden ist.

Herr Klocke hat eben noch mal in die Vergangenheit geschaut. Da hat man 20 kw-Stellen geschaffen. Versuchen Sie mal, bei dem Arbeitsmarkt für Ingenieure kw-Stellen zu besetzen! Da nehmen wir das Thema schon deutlich ernster.

Zusätzlich kommen 13 Genehmiger für die Bezirksregierungen dazu. Denn was nützt es, wenn wir mehr Pläne machen, die sich aber bei den Bezirksregierungen stauen?

Wir wollen an beiden Stellen schneller werden und mehr schaffen. Wir stellen zudem deutlich mehr Geld für Infrastruktur zur Verfügung. Wir schaffen die Voraussetzungen für ein besseres Baustellenmanagement.

Ja, all das ist bitter nötig. Das ist gut für das Land und gut für die Menschen. Stellen wir uns mal einen Moment lang vor, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Mike Groschek hätte das in einem Haushalt vorlegen können, was wir hier vorlegen!

(Zuruf von der SPD: Verdient hätte er es gehabt!)

Die Kinder hätten schulfrei, die Fahnen würden gehisst, die Glocken würden läuten, das Land hätte Feiertag, Sie wären stolz wie Bolle.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

Nun ist die Weihnachtszeit eine Zeit für Muße.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

– Herr Ott, gerade Sie sollten die Weihnachtszeit zum Anlass nehmen für Reflexion und vielleicht zur Umkehr. Im Himmel ist ja mehr Freude über einen, der umkehrt, als über 99 Gerechte.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die SPD diesem Etat am Ende nicht zustimmt. Was ich machen darf, ist exakt das, was Mike Groschek immer tun wollte, nur ist er mit den Grünen irgendwie nicht klargekommen. Man könnte böswillig sagen: Die Grünen haben der SPD die Politik diktiert. – Ich kann mir das bei der stolzen Sozialdemokratie aber überhaupt nicht vorstellen.

Der Befund zu unserer Infrastruktur jedenfalls lautet: zu klein, zu eng und an vielen Stellen zu marode.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Das ist das Ergebnis von gegenseitiger Blockade: Man hat die Infrastruktur nicht mit dem Bedarf mitwachsen lassen. Wir lösen die Probleme, die Sie uns hinterlassen haben.

(Sarah Philipp [SPD]: Das fehlte noch! Darauf habe ich gewartet!)

Herr Kollege Klocke, ich glaube, auch die Grünen haben mehr Anlass, diesem Etat zuzustimmen, als ihn am Ende abzulehnen. Wir investieren in die Voraussetzungen dafür, dass mehr von der Straße auf die Schiene kommt, indem wir die Infrastrukturförderung für nichtbundeseigene Eisenbahnen wieder aufleben lassen.

Wir nutzen konsequent die Chancen der Digitalisierung für vernetzte Mobilität und nachhaltige Mobilität,



um endlich mit dem Gerede aufzuhören und es irgendwann auch mal zu schaffen, den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen attraktiver zu machen.

(Zuruf von der SPD: Das ist eine gute Nummer!)

Sie haben zugestimmt, dass wir mehr Geld in Radschnellwege investieren. Die Wahrheit ist doch: Egal ob 5 Millionen € mehr oder weniger, am Ende werden die Radschnellwege 400 Millionen € bis 500 Millionen € kosten. Deswegen bin ich sehr froh, dass der Bund schon beim ersten Dieselgipfel seine Mittel von 125 Millionen € auf 200 Millionen € aufgestockt hat. Dobrindt hat direkt angerufen und gesagt: Davon könnt ihr gerne etwas haben; ruft es ab!

Besonders toll fand ich, dass Sie uns ermuntert haben, mehr in Straßen zu investieren. Das nenne ich eine rasante Wende weg von Ihrer früheren Politik. Wenn wir hier aber in vorweihnachtlicher Stimmung sind, wenn Sie vom Saulus zum Paulus werden, dann will ich das nicht kritisieren, sondern ausdrücklich anerkennen. – Frohe Weihnachten! Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Da wir alle gemeinsam vereinbart haben, zwischen 12:30 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmung vorzunehmen, rufen wir die Abstimmung zum Einzelplan 09 im Anschluss, also nach 14 Uhr, auf.

Ich rufe auf:

### **Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Bildung**

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 17/1505

Die Aussprache ist eröffnet, und für die SPD-Fraktion tritt Herr Kollege Ott an das Pult.

**Jochen Ott (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bildung, insbesondere in der Schule, steht vor besonderen Herausforderungen. Die Veränderungen in unserer Gesellschaft, die Spaltung unserer Gesellschaft machen neue Antworten nötig und zwingen uns dazu, über Strukturen grundsätzlich nachzudenken.

Die Inklusion ist Dauerthema, die Diskussion über die Beschulung von Geflüchteten ist eine große Herausforderung, und natürlich bedeutet die Veränderung durch die Digitalisierung auch eine grundlegende Betrachtung des Bildungssystem unter der

Frage: Wie sind unsere Schulen eigentlich aufgestellt, um diesen Herausforderungen zu begegnen?

Dabei besteht das große Problem, dass wir einen großen Mangel an Lehrern, aber auch an Sozialarbeitern und Sozialpädagogen haben. Insbesondere herrscht ein Mangel an männlichen Lehrkräften und Pädagogen. Hier müssen wir besondere Verantwortung übernehmen und uns mit der Frage auseinandersetzen, wie man damit umgeht.

Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren viele Milliarden Euro zusätzlich in den Bildungsetat gepackt: von 13,9 Milliarden € auf 17,3 Milliarden € – das war ein Plus von 24 %. Um nur eine Zahl zu nennen: Bei den Ganztagsplätzen gab es ein Plus von 36 %.

Aber das hat trotzdem nicht gereicht, weil die Veränderungen nicht nur durch Geld, sondern auch durch Strukturen abgebildet werden. Das müssen wir gemeinsam in den Blick nehmen.

Wir werden Sie – ebenso wie die Öffentlichkeit – in der nächsten Zeit sehr sorgfältig beobachten. Ihre Wahlkampfreden in diesem Jahr sind bis heute, bis in dieses Haus hinein immer unter derselben Marschrichtung erfolgt. Wichtig ist aber: Sie regieren jetzt – also regieren Sie auch! Sorgen Sie dafür, dass die notwendigen Mittel eingestellt werden! Mit Blick auf unser Plus von 24 % haben Sie noch Luft nach oben. Wir werden das in den nächsten Jahren genau beobachten.

Ich will deutlich sagen: Wir unterstützen Sie da, wo es vernünftig ist. Wir unterstützen zum Beispiel die Anpassung der Besoldung für die stellvertretenden Grundschulleiter. Das ist richtig. Wir unterstützen auch, dass Sie die Mittel für die Sozialarbeiter gesichert haben und dass Sie bei den Sozialpädagogen im Grundschulbereich drauflegen. Das alles ist richtig. Mit Blick auf die Schulsozialarbeiter meinen wir allerdings, dass die BuT-Mittel allein nicht die Lösung sein werden. Es ist auch gut, wenn es mehr Stellen gibt, wenngleich es 1.283 sind und nicht 2.048. Aber auch das können wir unterstützen.

Wenn wir diesen Haushalt ablehnen, liegt das vor allen Dingen daran, dass er zwei eklatante Mängel hat.

Der erste Mangel ist ganz klar, dass die von Ihnen noch im Wahlkampf versprochene Angleichung der Lehrbesoldung im Grundschulbereich und im Sek-I-Bereich nicht durchgeführt wird. In den großen Reden, die hier noch im September dieses Jahres geschwungen wurden, wurde darauf hingewiesen, wie wichtig die gleiche Besoldung nach A13Z ist – insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir junge Leute motivieren müssen, den Lehrerberuf zu ergreifen.

Wenn es gerade im Grundschul- bzw. im Sek-I-Bereich zu wenige Lehrerinnen und Lehrern gibt, müs-